

Herr Dehnert nimmt für seine Fraktion Stellung und trägt eine Erklärung vor:

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*seit Juni 2000 schiebt der Rat der Gemeinde das Thema „Erarbeitung eines städtebaulichen Gutachtens“ vor sich her. Nunmehr rächt es sich, dass wegen angeblichen Geldmangels ein solches Konzept nicht vorliegt.*

*In der Bevölkerung, insbesondere bei den betroffenen Einzelhändlern, gibt es massive Vorbehalte gegen die Errichtung eines Einkaufszentrums im Auel. Es ist von „Pfleger der politischen Landschaft“, größeren Beträgen die für eine positive Entscheidung gezahlt werden sollen und auch von Korruption die Rede. Sogar die Höhe einer so genannten „Spende“ seitens des Investors an die Gemeinde wird hinter vorgehaltener Hand bereits gehandelt. Ob wahr oder unwahr, der Gemeinderat ist verpflichtet, diese Bedenken ernst zu nehmen und sich intensiv damit auseinanderzusetzen! Das wird wir der Bevölkerung schuldig. Hier geht es auch um die Vertrauenswürdigkeit von Rat, Verwaltung und Politik allgemein.*

*Für die Betroffenen geht es um die Existenz, es geht um das Auskommen von Familien, da sind soziale Aspekte verbunden mit dem Problem Arbeitsplätze. Es geht aber auch um Investitionen. Machen wir uns doch nichts vor. Solange die Öffentlichkeit über die weitere Entwicklung nicht ausreichend informiert wird und weiß, wo es lang geht, wird niemand mehr so ohne weiteres im Ortskern investieren! Weitere Verödung und ein Sinken der Immobilienpreise im Kernbereich wären die Folge.*

*Darum hielten wir es für wichtig, das Thema heute auf die Tagesordnung zu setzen, es geht um die Zukunft für Eitorf.*

*Was die Finanzierung des Gemeindeanteils angeht, sollte es – unter der Voraussetzung, dass sich alle Parteien einig sind- kein Problem darstellen, die entsprechenden Geldmittel durch einen Deckungsvorschlag, der vom Kämmerer zu erarbeiten wäre, bereitzustellen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Deckungsvorschlag unterbreiten.*

*Hier und heute wäre zu entscheiden, ob der Rat ein solches Gutachten will oder nicht. Außerdem wäre bei positiver Entscheidung das weitere Verfahren abzuklären, insbesondere welchen Umfang das Gutachten haben soll, ob es in verschiedene Stufen unterteilt wird, später evtl. auszuweiten ist, wie sich die Finanzierung, insbesondere die Zuschüsse aus Städtebaumitteln, darstellt usw. Sicher lassen sich nicht alle Details sofort abklären. Daher beantragen wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Schaffung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Verwaltung, des Rates (hier würde sich der Unterausschuss des APV anbieten) sowie den Betroffenen, also den Einzelhändlern, die als „Lenkungsgruppe“ das Gutachten begleitet. Ein solches Verfahren ist keineswegs ungewöhnlich, ich erinnere hier nur an das damalige Kienbaum-Gutachten in Bezug auf die Gemeindeverwaltung.*

*Ob auch die HBB daran beteiligt werden soll, ist eine kritische Frage. In der Öffentlichkeit hört man dazu immer mehr Bedenken, handelt es sich dabei doch um einen Investor von außen; dem als Motiv Profitmaximierung unterstellt*

*wird, dem das wohl der Gemeinde jedoch kaum am Herzen liegen kann. Was den Zeitrahmen anbelangt, sollte das Verfahren so zügig wie möglich verfolgt werden. Bis zum 30.06. müssen nach Auskunft des Ministeriums, die Anträge für 2006 gestellt werden. Allerdings besteht die Chance, dass beim RP noch Restgelder vorhanden sind, die unter Verweis auf die Ministerzusage bereitgestellt werden können. Hier wäre also sofort zu handeln! Meine Damen und Herren, all diese Fragen müssen offen, öffentlich und offensiv angegangen werden, damit hinterher nicht im geringsten der Ruch von Einfluss- oder Vorteilsnahme zurückbleibt und die endgültige Entscheidung guten Gewissens von allen Betroffenen auch akzeptiert werden kann. Das sind wir den Menschen in Eitorf schuldig!*

Schon während des Vortrages weist Bürgermeister Dr. Storch in aller Deutlichkeit die von Herrn Dehnert vorgetragene Ausführungen bezüglich Korruption u.ä. zurück. Solch derartige Vorwürfe solle er entweder untermauern oder unterlassen.

Der Bürgermeister schildert den aktuellen Stand in der Angelegenheit. Es habe Gespräche mit dem Eitorfer Einzelhandel gegeben. Verschiedene Gutachter seien vorgeschlagen worden. Es sei der Gutachter BBE Köln ins Auge gefasst worden. Mit dem Investor HBB habe man Kontakt gehabt. Er habe Zustimmung signalisiert. Es sei nun für den 7.7.05 ein Gespräch vorgesehen an dem Vertreter des Eitorfer Einzelhandels, der Investor HBB, Vertreter der APV-Kommission und des Gutachters BBE Köln teilnehmen. Der potenzielle Gutachter werde mögliche Bausteine des Gutachtens darlegen und Angaben zu den Kosten machen.

Die Finanzierung könne wie folgt aussehen: Zuschuss der Städtebauförderung (60 %), Anteil des Investors HBB und der Eitorfer Einzelhändler (40 %) und ein 10%iger Anteil der Gemeinde Eitorf. Für die Beantragung der Städtebaumittel bestehe nach Aussage der zuständigen Stelle *kein* Zeitrahmen. Bei den Städtebaumitteln müsse man immer bedenken, welche Teile des Gutachtens förderungswürdig seien. Man könne nicht prinzipiell so argumentieren, als würden grundsätzlich 60 % der Kosten vom Land übernommen.

Herr Tandler kritisiert die völlig unsachliche Argumentation von Herrn Dehnert. Der Diskussion sei es nicht förderlich, wenn man auf Gerüchte höre. Die SPD-Fraktion habe schon seit 10 Jahren entsprechende Maßnahmen gefordert. Nun sei man in einer Vielzahl von Dingen bestätigt worden. Er kritisiert aber auch den Einzelhandel. Schon bei den damaligen SPD-Anträgen hätte man regieren können. Bei allen Vorgehensweisen müsse man auch die Arbeitsplätze immer im Auge behalten. Nun sei ein Fahrplan gefordert und es müsse geklärt werden, wer „mit ins Boot“ genommen würde und in welchem Umfang ein Gutachten zu erstellen sei. Kritik übt Herr Tandler auch an der vom Einzelhandel initiierten Unterschriftenliste. Nach heutigem Kenntnisstand lägen keine fundierten Erkenntnisse vor, auf die sich eine Unterschriftenliste stützen ließe. Die gesamte Diskussion müsse versachlicht werden. Die SPD-Fraktion sichere jede Unterstützung in der Sache zu.

Herr Rösgen beantragt gem. Geschäftsordnung, anwesende Vertreter des Einzelhandels als Sachverständige in die Diskussion einzubeziehen.

Beschluss- Der Hauptausschuss mit der Anhörung von Vertretern des Einzelhandels als  
Nr. Sachverständige einverstanden.  
XII/4/34

Abstimmung Einstimmig  
s-Erg.:

Der Bürgermeister fährt in der Rednerliste fort.

Herr Diwo sieht im Gutachten eine Chance für die Gemeinde, weil auch weitere Bausteine mit beleuchtet werden. Man müsse sich nun auf einen Gutachter verständigen. Nur so gelange man zu einer fundierten Grundlage für eine Entscheidung. Die CDU-Fraktion spreche sich für eine Finanzierung des Gemeindeanteils aus.

Herr Jäckel erklärt, dass auch die FDP hinter dem Gutachten stehe. Jedoch müssten mehr Details bekannt werden. Schließlich sei das Gutachten für die Entscheidung ausschlaggebend. Im übrigen beantragt er, einen Maximalbetrag für den Gemeindeanteil festzulegen.

Nach weiteren Wortmeldungen nimmt der Kämmerer Stellung zu möglichen Kosten. Wolle der Rat eine Beteiligung am Gutachten in der geforderten Höhe von 10 %, finde sich sicher ein Weg der Finanzierung. Man sei bemüht eine Lösung zu finden, sofern die Beträge nicht ins Utopische abgleiten. Da zunächst das Gespräch abgewartet werden müsse, schlage er nach Vorlage aller Erkenntnisse eine Dringlichkeitsentscheidung vor, da dann auch von mehreren Fraktionen unterschrieben werden könne.

Für die Einzelhändler spricht nun Herr Schwamborn.

Zunächst nimmt er Herrn Dehnert in Schutz. Dieser habe nichts ehrenrühriges gesagt, sondern nur das wieder gegeben, was die Leute erzählen würden. Mit der Unterschriftenliste habe man auch die Stimmung in der Bevölkerung dokumentieren wollen. So hätten die Leute das Gefühl, dass ihre Stimmungslage dem Rat nicht bekannt sei. Für den Eitorfer Einzelhandel könne er sagen, dass dieser willens und in der Lage sei, den erforderlichen Anteil des Gutachtens zu schultern – ggf. auch noch mehr.

Der Bürgermeister bedankt sich hierfür sehr herzlich. Dies würde der gesamten Gemeinde weiterhelfen.

Für die Einzelhändler verteidigt auch Herr Kurnatowski die Auslegung der Unterschriftenliste. Die Einzelhändler hätten sich engagiert und so einen gewissen Informationsstand. Dies sei die Basis für die Unterschriftenliste gewesen. Die emotionale Art von Herrn Tandler halte er nicht für fair.

Bezug nehmend auf den Vorschlag von Herrn Jäckel bittet Herr Diwo von einer Kappungsgrenze des 10%igen Gemeindeanteils abzusehen, um sich nicht unnötig einzuengen. Man müsse dem Bürgermeister vertrauen. Weiter äußert er Verständnis für die Unterschriftenlisten der Einzelhändler. Deren Position sei

zwar verständlich, jedoch müsse man den Gesamtzusammenhang für ganz Eitorf sehen. Eine fundierte Entscheidungsgrundlage sei erforderlich. Verständige man sich nicht auf einen Gutachter, müsse man u.U. eine Art Schiedsstelle hinzuziehen.

In weiteren Wortmeldungen von Vertretern des Einzelhandels wird nun Kritik an der Konstellation „Investor HBB/Gutachter BBE Köln“ geübt. So äußern die Herren Schneller, Limbach und Mirbach aufgrund von Erfahrungen in anderen Städten und Gemeinden eine zu große Einflussnahme des Investors.

Von dieser Entwicklung zeigt sich der Bürgermeister überrascht. Bisher sei er davon ausgegangen, dass über den möglichen Gutachter Einigkeit bestehe.

Die weitere Diskussion geht u.a. darum, wie nun mit der Auswahl eines Gutachters umzugehen und ob der Investor an den Kosten zu beteiligen ist.

Zunächst bittet Herr Dehnert dringend, die Antragsfrist abzuklären, die seiner Meinung nach am 30.06.05 endet.

Anmerkung der Verwaltung:

*Vorsorglich wurde zur Wahrung einer möglichen Antragsfrist ein Antrag auf Bezuschussung aus Städtebaumitteln gestellt. Weitere Details werden nachgereicht.*

Herr Rösgen geht ebenfalls auf die Aussagen von Herrn Dehnert ein und appelliert an eine sachliche Diskussion. Noch sei in der Sache gar nichts entschieden und man warte noch auf eine Entscheidungsgrundlage. Man solle nicht auf Gerüchte hören. Zu den Bedenken der Einzelhändler sagt er, dass diese ebenso auf den Gutachter einwirken können wie der Investor. Herr Rösgen lobt ausdrücklich die schnelle Reaktion der Eitorfer Grünen beim Richtfest der Bio-Station. So habe man möglicherweise durch den direkten Kontakt zum Minister die Zuschussmittel gesichert.

Herr Tendler richtet sich an Herrn Kurnatowski. Emotionalität habe er der Sache wegen an den Tag gelegt. Er habe auch grundsätzlich nichts gegen Unterschriftenlisten. Diese machten jedoch nur Sinn, wenn die Fakten auf dem Tisch lägen. Man dürfe sich nicht in Gefahr begeben, am Ende mit zwei Gutachten da zu stehen. Bei allem Interesse der Einzelhändler – die Gesamtverantwortung für Eitorf dürfe man nicht außer acht lassen. Es müsse möglich sein, einen geeigneten Gutachter zu finden.

Herr Bösking schildert die sich seit Jahren entwickelnde Situation. Die Misere im Ortskern zeichne sich schon länger ab. So habe der Bürgermeister erst kürzlich den Kaufkraftverlust im Ausschuss dargelegt. Viele Arbeitsplätze seien weg gebrochen. Ein Teil der Probleme seien aber auch hausgemacht. Machten Einzelhändler von 13.00 bis 15.00 Uhr Mittagspause, müssten die sich nicht wundern, wenn die Kunden abwanderten. Außerdem sei das Verhalten der Käufer auch vom Wohnort abhängig. Wer in Bitze wohne, werde eher das Gewerbegebiet frequentieren, wer in Mühleip wohne, eher den Bereich in der Asbacher Straße um ALDI herum. Schon aus diesen Gründen würden Menschen gar nicht mehr in den Ort selber fahren. Jeder müsse auch sein

eigenes Kaufverhalten überprüfen. Biete der Baumarkt massenweise Waschmaschinen zum günstigen Preis an, müsse sich jeder die Frage stellen, ob er dann noch Rücksicht auf den innerörtlichen Einzelhandel nehme und eine teurere Maschine dort kaufe.

Der Bürgermeister und Herr Diwo appellieren noch einmal, sich auf einen Gutachter zu einigen. Eine einseitige Sichtweise, so Bürgermeister Dr. Storch, könne auch entstehen, wenn der Investor außen vor bliebe und nur der Einzelhandel mitfinanziere.

Außerdem sei seiner Information nach BBE bekannt als renommierter Gutachter. Herr Rösgen ergänzt, dass die Gutachten aus Steuergeldern finanziert würden.

Herr Müller möchte eine klare Aussage, ob eine Förderung nun möglich ist und in welcher Höhe. Außerdem hält er es durchaus für möglich, dass HBB außen vor bleibt und die Einzelhändler den verbleibenden Anteil ganz tragen. Ein Gutachten werde schließlich für Eitorf erstellt und nicht für irgendwen.

Der Bürgermeister erklärt, dass vom Land eine mündliche Aussage über die 60%-Finanzierung bestehe, wobei noch nicht klar sei, was genau förderungswürdig sei. Auf die BBE habe man sich bisher als Gutachter verständigt, weil dieses Unternehmen bekannt sei als renommierter Gutachter in Sachen Einzelhandel und Entwicklung von Einzelhandel in Ortskernen. Schließlich sei die Rede davon gewesen, dass er selbst eine Zusage über den Gemeindeanteil gemacht habe. Dies sei nicht so, da hierüber der Rat zu entscheiden habe. Besprochen wurde die Möglichkeit, wie sich die Finanzierung splitten könnte.

Herr Schwamborn erklärt, dass in einem Gespräch zwischen ihm, Herrn Weber vom Bauamt und dem Bürgermeister signalisiert worden sei, dass man sich um den Gemeindeanteil keine Gedanken machen müsse.

Möglicherweise sei dies ein Missverständnis, erklärt der Bürgermeister. Gemeint sei gewesen, dass sich nicht der Einzelhandel, sondern die Gemeinde Gedanken über den Eigenanteil machen müsse. Rechtlich sei dies nicht als Zusage zu werten gewesen. Die Aussage war ein positives Signal, nicht mehr.

In weiteren Wortmeldungen wird noch einmal die Gefahr geäußert, dass man am Ende mit zwei Gutachten leben müsse. Die Objektivität sei dann in Frage gestellt, so Herr Diwo.

Nehme man die HBB nicht mit ins Boot, erklärt Herr Jäckel, bestehe die Möglichkeit eines Gegengutachtens.

Vor fünf Jahren sei vom Gutachter Dr. Jansen eine Summe von umgerechnet rund 70.000 Euro genannt worden, erklärt Herr Dehnert. Ziehe man Förderbetrag und Gemeindeanteil ab, blieben ca. 20.000 Euro übrig. Ob diese nun vom Einzelhandel, HBB oder wem auch immer getragen würden, sei letztlich doch egal. Ein Gutachten, so Herr Dehnert, heiße noch lange nicht, dass die Planung des Fachmarktzentrums beschlossen wird. Entscheiden würde letztendlich der Rat und nicht der Gutachter.

Nach der langen Aussprache beantragt Herr Ersfeld gem. Geschäftsordnung das Ende der Debatte. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Nach einer weiteren Wortmeldung durch Herrn Diwo fasst der Bürgermeister zusammen. Am 7.7. finde nun der Gesprächskreis statt, in dem das weitere Verfahren abzustimmen sei. Herr Tendler bittet, im Anschluss an die Sitzung den Teilnehmerkreis an der Gesprächsrunde noch detailliert abzustimmen. Herr Dehnert ist der Meinung, dass abzustimmen sei. Der Bürgermeister erklärt, dass ja noch nicht klar sei, wie genau ein Gutachten aussehe. Einzelheiten ergäben sich ja erst aus dem Gesprächstermin. Auf weitere Frage von Herrn Dehnert bestätigt er, dass im Sinne der gestellten Anträge verfahren werden soll.

Ein Beschluss wird nicht gefasst.